

**Pressemitteilung:
Bezirksamtsleiter Rösler verweigert Verhandlungen**

Am 22.03.2016 trafen sich die Vertreter der Bürgerinitiative „Eppendorf / Lokstedt - Integration statt Großsiedlung“ mit dem Leiter des Bezirksamts Hamburg Nord, Harald Rösler (SPD).

Gesprächsinhalt war die geplante Folgeunterkunft für bis zu 3000 Flüchtlinge in Eppendorf an der Osterfeldstraße.

Obwohl sich die Ausgangslage mit den stark sinkenden Zahlen neu ankommender Flüchtlinge extrem verändert hat, hält Bezirksamtsleiter Rösler starr an seinen Plänen fest. „Herr Rösler machte unmissverständlich klar, dass er alle von uns vorgetragene Angebote lediglich additiv, aber nicht als Alternative für die geplante Großsiedlung in der Osterfeldstraße diskutieren wird“, sagt Rolf Stellermann, Sprecher der Bürgerinitiative. „Das ist umso unverständlicher, da sich die Ausgangs- und vom Senat ursprünglich beschriebene Notlage, die als Begründung für den Expresswohnungsbau dient, deutlich verändert hat.“

Nach Angaben des Statistikamtes für Hamburg und Schleswig-Holstein sind weniger als die Hälfte der Flüchtlinge in Hamburg angekommen und geblieben, als vom Senat geschätzt. Die Architektin Christine Dorow von der Bürgerinitiative machte deutlich, dass damit die Grundlage für die Anwendung des § 246 Baugesetzbuch, der geltendes Planungs- und Baurecht außer Kraft setzt, entfällt.

Dass die Stadt aktuell in Klein-Borstel mit diesem Paragraphen bei einer ähnlichen Großunterkunft vor Gericht gescheitert ist, glaubt Herr Rösler nicht. Er sieht den Fehler beim Hamburgischen Verwaltungsgericht und nicht bei der Stadt.

Letztlich zeigt sich Herr Rösler auch von dem stark wachsenden Widerstand in Stadt und Bezirk unbeeindruckt. „Allein in Eppendorf kämpfen zwei Bürgerinitiativen mit ca. 1000 Unterstützern für bessere Integrationskonzepte. Eine Integration von 3000 Flüchtlingen in 500 Wohnungen in zwei Gebäuden inmitten eines Gewerbegebietes und gestapelt auf 7 Etagen kann nicht gelingen!“ macht Michael Janssen, stellvertretender Sprecher der Bürgerinitiative deutlich. Das sei nicht nur die Meinung der Bürgerinitiative, sondern vor allem die aller anerkannten Experten, die alle Unterbringungsformen von über 300 Flüchtlingen in einer Unterkunft aus Gründen der nachhaltigen Integration ablehnen.

Dazu schwebt über dem ganzen Bauvorhaben das Damoklesschwert der Volksinitiative, die derzeit mit dem Senat in Verhandlungen steht. Der Volksinitiative ist es gelungen, innerhalb von fünf Tagen 26.000 Unterschriften für Ihr Vorhaben zu sammeln, u.a. auch in Eppendorf. Sie repräsentiert somit einen großen Anteil der Hamburger Bevölkerung. „Allein die Änderung der Senatspolitik, also die Änderung des Auftrages, den Olaf Scholz den Bezirksämtern erteilt hat, könne nach eigenen Aussagen Herrn Rösler dazu bewegen, von seinen Planungen abzuweichen“, so Monika Allers, die sich in der Bürgerinitiative für Recherche und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich zeigt.

Aber genau diese Änderung ist ja aufgrund der Volksinitiative und den gesunkenen Flüchtlingszahlen schon jetzt bei der starken Reduzierung der geplanten Flüchtlingsunterkünfte in Neugraben-Fischbek zu beobachten.

„Vor diesem Hintergrund ist es aus Bürgersicht unverständlich und nicht hinnehmbar, welche rechtlichen, finanziellen und politischen Risiken Herr Rösler mit SPD und Grünen bereit ist einzugehen, um ein offensichtlich persönliches Anliegen in der Osterfeldstrasse durchzudrücken“, so Carsten Fastenrath, der in der Bürgerinitiative Konzeption und Maßnahmenorganisation verantwortet. Herr Rösler und Herr Maas stehen nach eigenen Aussagen bereits seit zwei Jahren, also lange vor der aktuellen Flüchtlingskrise, in Gesprächen darüber, wie man in dem Gewerbegebiet der Osterfeldstrasse Wohnbebauung vornehmen kann.

„Unsere Alternativangebote, in der Osterfeldstrasse und weiteren Standorte in Eppendorf kleinteiligere Lösungen zu schaffen, die im Einklang mit dem geltenden Recht stehen, mit den Forderungen der Volksinitiative übereinstimmen und den Rückhalt der Bevölkerung sichern, wurden abgelehnt.“ Man könne über solche Ideen lediglich additiv nicht aber alternativ zu der derzeit bestehenden Bebauungsplanung nachdenken, so Herr Rösler im Rahmen des Gespräches.

Am Ende machte Herr Rösler auch nochmals sehr deutlich, dass die Baugenehmigung für den ersten Bauabschnitt in zwei bis drei Wochen erteilt werde und man danach den zweiten Bauabschnitt, ebenfalls mit dem Ziel der Genehmigung, angehen würde. „Das Gespräch hat leider sehr deutlich gemacht, dass Herr Rösler weder bereit ist, seine bisherigen Entscheidungen zu überdenken, noch das er Verhandlungsbereitschaft für Alternativangebote für eine nachhaltigere Integration zeigt,“ so Rolf Stellermann. „Die Fronten sind damit klar abgesteckt. Als Bürgerinitiative werden wir nun alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten prüfen, gegen diese konzeptlose Integrationspolitik vorzugehen.“

Ziel der Bürgerinitiative bleibt weiterhin eine nachhaltige Integration durch kleinteiligere Lösungen, die eine regionale Einbindung in Eppendorf ermöglichen, ohne Flüchtlinge und Bevölkerung mit einer Massenunterkunft und Großsiedlung zu überfordern.

Für Rückfragen:
Rolf Stellermann,
Sprecher der Bürgerinitiative
info@eppendorf-lokstedt.de